

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend eine Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes im Hinblick auf den gesetzlichen Einbürgerungsanspruch von Asylberechtigten**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen

### **Resolution**

Die oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, das Staatsbürgerschaftsgesetz dahingehend zu ändern, dass der aktuell gültige gesetzliche Einbürgerungsanspruch für Asylberechtigte nach sechs Jahren ununterbrochenem Aufenthalt in Österreich an die sonst im Staatsbürgerschaftsgesetz gültige Aufenthaltsdauer von zehn Jahren angepasst wird.

### **Begründung**

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist ein Hoheitsakt von besonderer Bedeutung und zieht tiefgreifende Auswirkungen nach sich. Durch die Staatsbürgerschaft werden viele Rechte, wie zum Beispiel das Wahlrecht und sämtliche Grundfreiheiten der europäischen Union, gewährt.

Mit dem gesetzlichen Einbürgerungsanspruch gibt es in Österreich, im Gegensatz zu fast allen anderen EU-Staaten, eine Besonderheit für Asylberechtigte. Werden gewisse Voraussetzungen, wie zB Lebensunterhalt und Sprachkenntnisse auf Niveau B1 und Geschichtsprüfung erfüllt, muss Asylberechtigten die Staatsbürgerschaft bereits nach sechs Jahren verkürzter Aufenthaltsdauer verliehen werden. Ziel ist, dass Asylberechtigten wie allen anderen Drittstaatsangehörigen im Regelfall frühestens nach zehn Jahren Aufenthaltsdauer die Staatsbürgerschaft verliehen werden kann.

Gerade in der aktuell anhaltenden Flüchtlingssituation ist diese Regelung zu überdenken. Eine Kurzanalyse des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Ausgabe 1/2016) zeigt, dass mehr als drei Viertel (79,8%) der Asylwerber aus dem Irak, Syrien und Afghanistan unbedingt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten wollen. Diese Studie lässt die Vermutung zu, dass es in Österreich eine ähnliche Situation gibt.

Die unterzeichneten Abgeordneten sprechen sich daher für eine völkerrechts-, europarechts- und verfassungskonforme Neuregelung des Einbürgerungsanspruches für Asylberechtigte in Österreich aus.

Linz, am 10. Mai 2016

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Ratt, Fischer, Mahr, Baldinger, Cramer, Handlos, Schießl, Wall, Graf, Pröllner, Klinger,  
Kroiß, Bahn, Kattnigg, Gruber, Lackner, Nerat**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Ecker, Rathgeb, Lackner-Strauss, Aspalter, Sigl, Hummer, Hingsamer,  
Hattmannsdorfer, Brunner, Kirchmayr**